

NEBELSPALTER

Sexuelle Übergriffe und Drogenhandel an Schulen

Grüne Politikerin stellt Bewachungs-Massnahme infrage

Daniel Wahl

6 | 20 | 0 | 24.02.2024



Kriminellster Ort der Schweiz: die Dreirosenanlage und ihre beiden Schulhäuser Dreirosen und Theobald Baerwart (rechts im Bild). (Foto: Daniel Wahl)

Die Fakten: Ab Frühjahr werden die Primarschule Dreirosen und die Sekundarschule Theobald Baerwart von Sicherheitspersonal bewacht. Die beiden Schulhäuser liegen direkt neben dem Drogenhotspot, dem Dreirosenpark. Eine grüne Grossrätin aus Basel sorgt sich jedoch nicht um die Kinder, sondern darum, ob die Bewachungs-Massnahme angemessen ist.

Warum das wichtig ist: Zum ersten Mal müssen Schulhäuser in der Schweiz zur Sicherheit der Schüler dauerbewacht werden. Das Basler Sicherheitsdepartement begründet dies mit der Feststellung, dass die Zustände dort schlicht nicht mehr normal seien. Man führe eine «die Normalität brechenden Massnahme» ein – die Bewachung öffentlicher Schulen.

Dies weil,

- in den Schulhaus-Toiletten Drogen gehandelt wurden,

- sogar 10-jährige Kinder angedeutet werden,
- Schüler nach Schulende von mehreren Dutzend Kriminaltouristen belagert und zum Konsum animiert wurden,
- Schülerinnen vor dem Schulhaus und in den umliegenden Tramhaltestellen sexuell belästigt wurden.

Von grüner Seite werden diese Sachverhalte infrage gestellt.



Sponsored Content

Lexus LBX: Der Durchbruch

Mit dem LBX eröffnet sich Lexus ein neues Marktsegment. Das Auto ist kompakt – auf Individualität muss deswegen aber nicht verzichtet werden.

Ramon Egger

Der Hintergrund: Bereits im vergangenen April wies der «Nebelspalter» auf die grossen Gewalt- und Drogenprobleme in der Dreirosenanlage in Basel hin – konkret auch, wie unbegleitete minderjährige Asylbewerber (UMA) von der nahen Bundesempfangsstelle durch Algerischen Drogenhändlern rekrutiert werden ([Link](#)). Die Berichterstattung wurde schweizweit aufgenommen. Die Basler Polizeidirektorin reagierte und liess im August zwölf Überwachungskameras bei der Grünanlage installieren.



Zwölf Überwachungskameras sollten für einen Rückgang der Kriminalität sorgen.
(Bild: D. Wahl)

Nichts hat sich verbessert

In der Nähe der Dreirosenanlage betreibt Kerim Chebbah ein Fahrradgeschäft und leidet schon lange unter der Situation. In den letzten vier Jahren seien ihm Fahrräder im Wert von 36'000 Franken geraubt worden, teilweise vor seinen Augen, im Laden.

O-Ton Chebbah: «Seit die Polizei Kameras installiert hat, hat sich vieles verändert, aber nichts verbessert. Die Kriminellen sind in die Quartiere und die Schulhäuser ausgewichen.»

Wie Anwohner beobachten,

- müssen privat engagierte Park-Ranger Spalier stehende Drogenhändler und Ausländergruppen vor dem Schulhauseingang zurückdrängen, damit die Kinder nach Schulschluss ungehindert nach Hause gehen können.
- werden nun auch im grossen Stil Opiate gehandelt, wie das Medikament Pregabalin, welches sedierend wirkt und als Rauschmittel missbraucht werden kann,
- ist es weiterhin zu Gewaltdelikten gekommen. Ein zur Fahndung ausgeschriebener UMA griff trotz Kameraüberwachung eine Buvetten-Mitarbeiterin sexuell an ([Link](#)).
- Es kam zu einem Überfall auf einen Lehrer ([Link](#))

Um der Situation Herr zu werden, kündigte die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, Stephanie Eymann, die Bewachungsmaßnahme «auf Frühjahr» an. Sie machte das an einem «Drogenstammtisch» publik, der von einer Quartiergruppe und dem lokalen Online-Medium «Bajour» organisiert worden war. Die Eltern wurden nicht direkt informiert.

Aufgrund dieser Entwicklung könnte man die Regierung zu vielen Antworten auffordern.

- weshalb man den Medikamentenhandel und das Dealer-Problem nicht an der Wurzel anpacke?
- weshalb man nicht konsequent die Dealer überführt und sie ins Gefängnis steckt?
- weshalb man die Grenzen zu Frankreich nicht besser kontrolliert, wo die vielen Kriminaltouristen aus den Maghrebstaaten einwandern?

- Weshalb man nicht ein strengeres Asylregime aufzieht, insbesondere gegenüber Migranten aus den Maghrebstaaten?
- Ob die Bewachungsmassnahme nicht eine Bankrotterklärung für die Sicherheitspolitik darstellt.

Doch die grüne Grossrätin Fleur Weibel, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte für Gender Studies an der Universität Basel, sorgt sich um ganz anderes:

O-Ton Weibel: «Sicherheitspersonal vor den Schulhäusern – das ist ein massives Signal für die ganze Schweiz. Ich frage mich, ob die Massnahme angemessen ist.»

Entsprechend hat sie einen kritischen Vorstoss im Basler Parlament eingereicht ([Link](#)):

- Ob etwa die Massnahme des Sicherheitsdepartements mit dem Erziehungsdepartement abgesprochen worden sei. (Ja, sie war es.)
- Sie will auch wissen, ob die Massnahme aufgrund von faktenbasierten Daten (Anzahl Anzeigen, Quellen etc.) eingeleitet worden ist.
- Sie will in Erfahrung bringen, ob «die Kinder für die aktuelle Situation mit dem Drogendealen sensibilisiert worden» sind.

Abgesehen davon, dass die grüne Politikerin verlangt, dass die Schulen die Kinder nun auch für die «Situation mit Drogendealen zu sensibilisieren haben», kolportiert sie in ihrem Vorstoss, dass Sicherheitsleute den Kindern eher Angst als Sicherheit vermitteln würden.

Das sehen zahlreiche Eltern, die sich beim «20 Minuten» geäussert haben, anders. Sie wünschen sich Polizeipräsenz beim Schulanfang und Schulschluss. ([Link](#))

Velomechaniker Kerim Chebbah freut sich jedenfalls, dass das Sicherheitsdepartement und das Erziehungsdepartement wenigstens um den Schutz der Kinder bemüht ist. Er wünscht sich, dass auch die Unternehmer und die Erwachsenen mehr polizeilichen Schutz und Unterstützung erhielten. Das hat er jedenfalls im Rahmen der Raubzüge der Dealer und Konsumenten, die in sein Geschäft eindringen, vermisst.

O-Ton Chebbah: «Ich musste mein eigenes <Sicherheitspersonal> anstellen: einen belgischen Schäferhund, der hinter der Theke lauert.»

Keine weitergehende Transparenz

In und um die Bundesasylzentren haben sich die Gewaltvorfälle in den vergangenen Monaten gehäuft. In der Bundespolitik in Bern ist das kaum ein Thema. In der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit werden nur mögliche Foltervorwürfe gegenüber Asylbewerbern – etwa bei Rückflügen – thematisiert. Kein Thema war bislang die Kriminalität, die von Bundesasylzentren ausgeht.

Um die Entwicklung der Gewaltvorfälle überhaupt thematisieren zu können, verlangte Bircher, dass «Controlling und Monitoring gemäss Gewaltpräventionskonzept an Bundesasylzentren einmal jährlich zu veröffentlichen» sei.

Der Bundesrat lehnt dies ab. Das Anliegen sei erfüllt.

Stellungnahme des Bundesrats: «Sicherheitsrelevante Vorfälle in den Bundesasylzentren werden schon seit Anfang 2020 erfasst und ausgewertet. Diesbezügliche Statistiken werden auf Anfrage bereits heute durch den Informationsdienst SEM veröffentlicht.»

Fakt aber ist:

- Die Daten können nicht öffentlich eingesehen werden.
- Es gibt keine Statistik, welche eine Entwicklung der Gewaltvorfälle aufzeigt.
- Unklar ist, was unter «Sicherheitsrelevante Vorfälle» tatsächlich erfasst wird.
- Die Statistiken zeigen nicht auf, wie sich die Kriminalität entwickelt, die von Bundesasylzentren ausgeht (Raubgut, Diebstahl, Einbrüche etc.)

O-Ton Martina Bircher: «Transparenz wäre, wenn die Daten öffentlich einsehbar wären. Das sind sie nicht. Ich werde an meinem Vorstoss festhalten und politische Unterstützung suchen.»

NEBELSPALTER

Nebelspalter AG
Genferstrasse 21